

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **„So geht sächsisch.“ - geht nicht mehr. Standortkampagne sofort einstellen, Kampagnenbudget zur Demokratieförderung verwenden.**

Der Landtag möge beschließen:
Die Staatsregierung wird aufgefordert,

I.

die Image- und Standortkampagne unter der Dachmarke „So geht sächsisch.“ sofort einzustellen und hierzu insbesondere:

1. keine weiteren Aufträge auszulösen oder Verträge und Projekte zu begründen,
2. bestehende Verträge und Projekte unverzüglich abzuwickeln und zu beenden,
3. die Dachmarke nicht weiter für die Öffentlichkeitsarbeit oder den Verkehr mit der Öffentlichkeit und Behörden zu verwenden.

II.

das Gesamtbudget der für diese Kampagne zur Verfügung gestellten, nicht verausgabten oder rechtlich gebundenen Mittel

für die aktive und unbürokratische Hilfe, Förderung und Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Strukturen, Initiativen, Vereinen und Verbänden in Sachsen zu verwenden, die sich gegen fremdenfeindliche und rechtsextreme Tendenzen, für eine weltoffene, vielfältige demokratische Gesellschaft und Kultur, für die

Dresden, den 2. März 2016

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Verbesserung der demokratischen Bildung und die Vertiefung des demokratischen Grundkonsens auf allen Ebene in Sachsen einsetzen (Demokratieförderung).

Begründung:

Mit den erneuten menschenverachtenden und fremdenfeindlichen Ereignissen um die Erstbelegung der Asylwohnunterkunft in Clausnitz und den Brandanschlag in Bautzen hat das Ansehen des Freistaates Sachsen im Bund wie auch in Europa eine deutliche und nachhaltige Beschädigung erfahren.

Angesichts dieser neuerlichen negativen Höhepunkt von Erscheinungen offener Menschenfeindlichkeit und offen geäußerten Fremdenhasses ist nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE eine Fortsetzung der seit dem Sommer 2013 laufenden Image- und Standortkampagne unter der Dachmarke „So geht sächsisch.“ nicht länger vermittelbar.

Vor diesem Hintergrund der derzeitigen auch breiten medialen Widerspiegelung dieser unverändert anhaltenden Ereignisse erscheinen auch insbesondere die von der Staatsregierung selbst gesetzten Zielstellungen dieser Standortkampagne - auch ungeachtet der weitergehenden Problemlagen der Kampagne, die bereits Gegenstand der Diskussionen im Landtag waren - weder weiter realisierbar, noch tragbar:

„Standortkampagne Unter der Dachmarke ‚So geht sächsisch‘ wird eine über mehrere Jahre angelegte Standortkommunikation entwickelt, mit der eine Verbesserung der Grundhaltung gegenüber dem Freistaat Sachsen und seinen Bürgern bewirkt und der Bekanntheitsgrad des Freistaates Sachsen kontinuierlich und messbar gesteigert werden soll.“ (vgl. Haushaltsplan 2015/2016, Einzelplan 02, Vorwort, Seite 6)

Mehr noch: Ohne ein grundsätzliche Änderung der derzeitigen gesellschaftlichen Gesamtsituation in Sachsen und der klar menschen- wie fremdenfeindlichen und rechtsextremen Versammlungen, Demonstrationen, Blockaden, An- und Übergriffe auf Geflüchtete, deren Unterkünfte und deren ehrenamtliche Helfer und des nach wie vor anhaltenden imageschädigenden "Pegida-Effektes" (vgl. Zeitung "Die Welt" vom 25.02.2016, Seite 5) wird mit der weiteren Propagierung der Dachmarke "So geht sächsisch." das derzeit bereits stark in Misskredit geratene öffentliche Rufbild des Freistaates Sachsen nur noch weiter beschädigt.

Spätestens seit dem sich bereits Hightech-Unternehmen selbst auf den Weg machen und sich "auf Maßnahmen verständigen, mit denen sie das Bild Sachsens kurzfristig verbessern wollen" und ihre Kampagne nicht zuerst an ausländische Investoren als Adressaten richten, "sondern an die eigene Bevölkerung" (vgl. "Die Welt", ebenda), ist für die bisherige "Sachsenkampagne" keinerlei Raum mehr.

Vielmehr bedarf es der schnellstmöglichen und unbürokratischen Hilfe, Förderung und Unterstützung für diejenigen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Vereine, Verbände

und Strukturen, die sich tagtäglich für das einsetzen, was den demokratischen Kern des Freistaates Sachsen ausmachen muss:

- für ein demokratisches Gemeinwesen, in dem die in seiner Verfassung verankerten und garantierten Grundrechte und Grundfreiheiten von jedermann geachtet und gegenüber jedermann entgegen gebracht werden,
- für eine gelebte Willkommenskultur für alle in Sachsen ankommenden Menschen,
- für eine weltoffene, vielfältige demokratische Gesellschaft und Kultur,
- für eine umfassende demokratische Bildung aller Menschen,
- für die weitere Vertiefung des demokratischen Grundkonsenses auf allen Ebenen und in allen Bereich in Sachsen.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE lässt sich langfristig nur auf dieser Grundlage das verloren gegangene öffentliche Ansehen des Freistaates Sachsen im Bund und in Europa wiederherstellen und dies auch nur schrittweise.

Daher sollen die bislang für die nicht weiter fortsetzbare Standortkampagne zur Verfügung gestellten Mittel hierfür eingesetzt und verausgabt werden.

Dass es für eine auskömmliche Förderung in diesem Bereich der Bereitstellung auch weitergehender Haushaltsmittel von Seiten der Staatsregierung bedarf, ist angesichts der notwendigen, im Antragsbegehren benannten demokratischen Förderziele und Förderzwecke ganz offenkundig und augenscheinlich.